

Gerd Meyer, Ulrich Dovermann,
Siegfried Frech, Günther Gugel (Hrsg.)

Zivilcourage lernen

Analysen – Modelle – Arbeitshilfen

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004
ISBN 3-89331-537-3
www.bpb.de

Buchhandelsausgabe:
Institut für Friedenspädagogik Tübingen e. V.
Tübingen 2004
ISBN 3-932444-13-2
www.friedenspaedagogik.de

ZIVILCOURAGE ALS KNAPPES GUT

Der Ruf nach Zivilcourage erschallt an vielen Orten, insbesondere aber im Osten der Republik. Einzelne oder eine Gruppe sollen menschenfeindlichen, verbalen oder gewalttätigen Übergriffen rechtsextrem und fremdenfeindlich eingestellter Täter mutig entgegen treten. So werden Jahr um Jahr einzelne Personen und auch Gruppen ausgezeichnet, die in einer eskalierten und von Gewalt bestimmten Situation den (möglichen) Opfern beigestanden haben. Oder aber es werden Gruppen und regierungsunabhängige Organisationen geehrt, die in einer Region dafür gesorgt haben, dass dem all zu häufigen „kollektiven Schweigen“ zu fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Umtrieben durch die verantwortlichen Institutionen und Personen öffentlich Paroli geboten wird. Werden nun – wie vor allem seit dem „Aufstand der Anständigen“ – regierungsunabhängige Organisationen gefördert, so können wir mit Spannung beobachten, wie die staatlichen Förderer mit dem nie auszuschließenden Eigensinn jener zivilgesellschaftlichen Organisationen umgehen. Schließlich ist nicht ausgemacht, dass sich die staatlich geförderten Gruppen nicht auch gegen das Handeln staatlicher Institutionen selbst richten, so etwa wo Personen abgeschoben werden oder wenn das Asylbewerberleistungsgesetz, die Unterbringung von Flüchtlingen und die fehlenden Integrationsangebote kritisiert werden.

Die öffentliche Nachfrage nach Zivilcourage, insbesondere im Osten der Republik, zeigt zunächst vor allem dieses: den Mangel an Toleranz gegenüber Fremden und Anderen, den Mangel an Welt-offenheit und den Mangel an demokratischen Tugenden im Alltagsverhalten.

Es gibt (nicht nur) im Osten eine weit verbreitete **Kultur der Ungleichwertigkeit**, die in vielen Umfragen bestätigt wird. Sie führt insbesondere dort zu Gewalttaten gegen Fremde und „Anderen“, wo sich ein Mangel an Empathie verbindet mit fehlendem Selbstbewusstsein und hoher individueller Unsicherheit. Das Gegenteil von Zivilcourage, die in einer solchen Alltagskultur ein knappes Gut ist, ist der Autoritätsgehorsam (Ostermann 1998), aber auch Gefühllosigkeit und Gleichgültigkeit. Denn Zivilcourage verbindet mit Solidarität die Empathie, die Fähigkeit zum Mitleiden und zur Übernahme der Perspektive des Anderen.



Zivilcouragiertes Handeln hat sowohl personale als auch soziale Voraussetzungen. Wer zivilcouragiert handelt, hat Gründe dafür. Diese Gründe sind verankert in seinem Werte- und Überzeugungssystem. Der oder die zivilcouragiert Handelnde vollzieht eine Abwägung von Werten und Interessen – häufig unter höchst schwierigen Voraussetzungen (Situationsdefinition/Informationsproblem). Sie bringt ihn oder sie dazu, ein prosoziales Handeln dort zu zeigen, wo die Allgemeinheit oder Mehrheit anders handelt. Zivilcouragiertes Handeln bleibt damit immer ein außerordentliches Handeln. Denn: Wenn alle so handeln würden, bedürfte es nicht der besonderen Courage.

BEDINGUNGEN FÜR ZIVILCOURAGE UND ZIVILGESELLSCHAFT

Zivilcourage wird gefordert. Sei es von Regierenden, den Medien oder von Vertreterinnen und Vertretern wichtiger gesellschaftlicher Gruppen. Begleitet wird die Forderung in der Regel von dem Bekenntnis, dass die Politik, gemeint ist damit zumeist das Handeln politisch Verantwortlicher und der öffentlichen Ver-

Zivilcourage im Osten der Republik?!



waltung, die Probleme der Gewalt gegen Fremde und Andersdenkende nicht in den Griff bekomme. Hier sei die Zivilgesellschaft und die Zivilcourage des oder der Einzelnen gefragt. Der Ruf nach der Zivilgesellschaft, der mit dem Eingeständnis einhergehen sollte, dass man durch staatliches Handeln dem Problem nicht mehr „Herr zu werden“ vermag, ist so richtig wie problematisch. Denn was gemeinhin und zum Teil emphatisch als „Zivilgesellschaft“ oder „Bürgergesellschaft“ beschrieben wird, ist in Brandenburg und anderen ostdeutschen Ländern nur wenig ausgeprägt. **Die Bürgergesellschaft, als Kern und Motor gesellschaftlicher politischer Integration, basiert auf sozialen und kulturellen Voraussetzungen, die in Ost und West sehr unterschiedlich vorhanden sind.** Weltoffenheit, demokratisches Denken und bürgerliches Verantwortungsbewusstsein wachsen nicht voraussetzungslos; die pädagogische und politische Förderung dieser Tugenden benötigt Anknüpfungspunkte in der Alltagskultur.

Hier wird deutlich, wie schwierig und weit reichend die Aufgabe ist, im Sinne einer sozial verantwort-

lichen Zivilgesellschaft Bürger zu aktivieren und Demokratisierungsprozesse einzuleiten: „Die Zivilgesellschaft als ein Gefüge von Assoziationen und Öffentlichkeiten, die fundamentale Menschen- und Bürgerrechte voraussetzen, aber auch einfordern, erscheint in der demokratietheoretischen Diskussion zum einen als Ort politischer Lernprozesse, zum andern als Voraussetzung einer Demokratisierung der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung wie auch der politischen Institutionen“ (Klein 2001, 311). In Brandenburg aber bewegt sich dieses „Gefüge von Assoziationen und Öffentlichkeiten“ – wie in anderen ostdeutschen Ländern auch – auf einem ausgesprochen niedrigen Niveau. Im Westen der Republik findet sich dagegen ein breit gespanntes Netz von Organisationen, mit relativ starken Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden und einem teilweise überbordenden Vereinswesen. In Brandenburg und den anderen neuen Ländern sind nicht nur diese Großorganisationen außergewöhnlich schwach, sondern es fehlt auch die Vielzahl der kleineren Assoziationen, die im Westen teilweise eng verknüpft sind mit der Geschichte der neuen sozialen Bewegungen. Die westliche Zivilgesellschaft konstituiert sich auch im individualistischen oder (post)modernen Zeitalter noch immer aufgrund traditioneller Erfahrungsräume von Selbstorganisation und Gruppensolidarität. Die neuen sozialen Bewegungen des 20. Jahrhunderts konnten immer wieder anknüpfen an die „alten Tanker“: Gewerkschaften und Kirchen, natürlich auch – wenn auch häufig mit betonter Distanz – an die SPD und die Grünen. Diese sozialmoralischen Milieus unterstützten die Aufschwünge der Bewegungen und waren Teil der Chancenstrukturen für die Akteure. Insbesondere stellten und stellen sie recht dauerhaft bestimmte Ressourcen bereit: ein Reservoir an Aktivisten sowie kleinere und größere Netzwerke.

Der Prozess der **Systemtransformation in Ostdeutschland** hat ein wesentliches Element jener Strukturen zerschlagen, auf deren Grundlage sich die Menschen in der DDR zu einem guten Teil gesellschaftlich assoziierten: den Betrieb und das Arbeitskollektiv. Das Entstehen von Solidarität, die Erfahrung gelungener Kooperation, das Lernfeld für Kompetenzen zur Konfliktbearbeitung – all das war für die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger verknüpft mit betrieblichen und parteilichen Organisationsformen. Ohne dies im Nachhinein idealisieren

zu wollen, bleibt festzuhalten: Ihr Zerfall trägt wesentlich zur Vermehrung von Unsicherheit aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Situation im Osten Deutschlands bei. Diese Unsicherheit hat für viele Bürgerinnen und Bürger existenzielle Formen angenommen und verbindet sich nun noch mit verstärkter Vereinzelung, einem (erneuten) Rückzug ins Private, in die Kleinfamilie hinein. Dieser Rückzug kann beschrieben werden als eine besondere Form der Individualisierung, die ihrer positiven Effekte aber weitgehend beraubt ist. Sie wird begleitet vom Misstrauen gegen jede Form der institutionalisierten Assoziation, also zum Beispiel gegen Verbände, Parteien und Vereine. Familie und Nachbarschaft, die einst in der DDR für die nun im Osten so oft vermisste soziale „Wärme“ sorgten, sind ihrerseits den Belastungen des Transformationsprozesses besonders ausgesetzt. Die Entwicklung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt führt nicht nur in den Peripherien zur Abwanderung der mobilen, gut ausgebildeten und jungen Bevölkerungsschichten. Die Zurückbleibenden verstehen sich als die (doppelten) Verlierer dieses Prozesses, als die Opfer der Zeit und des neuen „Systems“.

Wie wir gesehen haben, können Solidarität, Welt-offenheit, demokratische Einstellungen und die Bereitschaft zur Zivilcourage nicht einfach vorausgesetzt werden. Ihre Entwicklung und Stärkung müssen einen Nährboden finden in der Alltagskultur, in der politischen Kultur einer Gesellschaft. Hier treffen wir auf einen weiteren Hemmschuh: Eine weitverbreitete Staatsgläubigkeit, die in der nationalen Tradition Deutschlands, insbesondere aber auch im vergangenen real existierenden Obrigkeitsstaat der DDR verankert ist. **Staatsgläubigkeit und Autoritätshörigkeit – und damit auch ihre Zwillingsschwester: die Politikverdrossenheit – sind im Osten höher als im Westen.** Ähnliche Auffassungen vom „allzuständigen Staat“ finden wir allerdings auch im Westen in sozialdemokratischen, christdemokratischen und christlich-sozialen Vorstellungen vom starken (Sozial-) Staat als weitverbreitete Überzeugungsmuster. Die Staatsgläubigkeit entlastet einerseits den Einzelnen von der Verantwortung für die Gesellschaft und sein eigenes Wohlergehen, führt aber gleichzeitig zur Parteien-, Politik- und leider auch zur Demokratieverdrossenheit. Besonders im Osten spitzt sich diese Entwicklung in den letzten Jahren dramatisch zu. Da

helfen auch keine Appelle in „Ruckreden“ oder auf „Ruckplakaten“. Die Bürgerinnen und Bürger müssen **erfahren** können, dass eigenes Handeln Folgen hat, dass sie tatsächlich Chancen haben, politische und soziale Prozesse zu beeinflussen.

EINE „KULTUR DER UNGLEICHWERTIGKEIT“

Es gibt in Ost und West eine Kultur der Ungleichwertigkeit, die sich die Objekte, auf die sie herabblickt, mit Hilfe der Konstruktion eines „minderwertigen“ Gegenübers sucht. Die Dramatik der Situation in Ostdeutschland resultiert daraus, dass diese Ungleichwertigkeit fest verankert ist in der öffentlichen Meinung: Fremdenfeindliche, rassistische, rechtsextreme, nationalchauvinistische, antisemitische und sozialdarwinistische Einstellungen sind **mehrheitsfähig**. Die zumeist männlichen **Gewalttäter knüpfen an eine undemokratische Alltagskultur an**. Sie fühlen sich bestätigt, auch wenn die „Normalbürger“ Gewalt in den Umfragen häufig ablehnen.

Hier ein aktuelles Beispiel aus Brandenburg:

Der eher schüchterne 16-jährige Schüler Marinus S. aus Potzlow in der Uckermark wird von drei Jugendlichen und jungen Erwachsenen seiner eigenen Clique zu Tode gequält. Seine Leiche wird in einer Jauchegrube versenkt und versteckt. Das Ganze kommt erst nach Wochen ans Licht, als einer der Mörder sich vor anderen Jugendlichen der Gewalttat rühmt. Was passte den Tätern nicht? Was machte das Opfer zum Opfer? Die blond gefärbten Haare und die falschen Hosen, sie wurden der Gegengruppe, den Hip-Hoppern zugeschrieben. Die bisher vorliegenden Geständnisse, aber auch die Durchsuchung der Täterwohnungen zeigen deutlich einen rechtsextremistischen Hintergrund an. Den Tätern fehlte offenbar jedes menschliche Mitgefühl und Mitleid. Ohne Gnade wird das Opfer getötet, genauso wie der junge Aussiedler Kajrat B. aus Wittstock einige Monate zuvor. Hier stellen sich Fragen zu den Tätern, aber auch Fragen zu denjenigen, die eigentlich etwas hätten mitbekommen müssen: Wer hat alles weggeschaut, das Radio angedreht, um nichts hören zu müssen? Welche seelische Verwahrlosung bei den Tätern und vielleicht auch bei den Nachbarn werden wir zur Kenntnis nehmen müssen? Auffallend ist, dass offenkundig das Lebensrecht, das Recht Mensch zu sein, durch die

Täter verneint wird. Viel zu selten wird in der Diskussion in Brandenburg wahrgenommen: Die Entpersonalisierung des Opfers „begründen“ die Täter – so die Ermittlungen – mit einem für sie ganz selbstverständlichen Schimpfwort: „Du Jude“. Die enge Verknüpfung von antisemitischen, rechtsextremen Einstellungen und mörderischer Energie trat selten so deutlich zu Tage wie in diesem Fall.

In der Tat äußert sich als Extremfall, was bereits im Denken vieler Deutscher einen Nährboden findet, etwa in ihrer **Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen** (vgl. Tabellen rechts).

Während seit 1998 die „Angst vor Überfremdung“ abgenommen hat, wuchs die Zustimmung zu einer anderen rechtsextremen Aussage beträchtlich.

Die Aussage „Deutschland den Deutschen“ ist 38 Prozent der Bevölkerung sympathisch. Und man wird bei einer großen Zahl unterstellen dürfen, dass sie auch den zweiten Teil dieses Satzes kennen: Es ist die rechtsextreme Parole: „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!“

Auch wenn es hie und da signifikante Unterschiede zwischen Ost und West gibt, wird doch im letzten Fall deutlich, wie falsch die Einschätzung ist, Fremdenfeindlichkeit sei ein „Ostproblem“. Gleichzeitig wird erkennbar, dass entwickelte zivilgesellschaftliche Strukturen Fremdenfeindlichkeit und rechts-extremistische Einstellungen nicht grundsätzlich ausschließen. Allerdings erhöht eine ausgebildete Zivilgesellschaft die Chancen, dass Fremdenfeindlichkeit als Problem wahrgenommen wird und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus im Bereich politischer Bildung nicht wirkungslos verpuffen. Allein die **Chancen** für das Entstehen einer zivilgesellschaftlichen Gegenwehr, so wie die **Chancen** für das individuelle zivilcouragierte Handeln sind gegenüber autoritär geprägten Gesellschaften ungleich höher.

DIE RAA BRANDENBURG: MASSNAHMEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT

In der sich im Osten nur schwer bildenden Zivilgesellschaft wird häufig die Forderung nach einem „Gesamtkonzept“ in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erhö-

ben. Die Forderung, es müsse die **eine** gesamtgesellschaftliche Lösung gefunden werden, geht in ihren Grundannahmen fehl. Wir können keinen einfachen Kausalzusammenhang von sozialen Gegebenheiten einerseits und (als Folge) Rechtsextremismus andererseits herstellen. Entsprechend können wir auch nicht mit **einer** großen Anstrengung „das

ZUSTIMMUNG ZU FOLGENDEN AUSLÄNDERFEINDLICHEN AUSSAGEN

„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“

	Deutschland	Ost	West
	43%		
ohne Abitur		50%	45%
mit Abitur		30%	23%

Im Jahr 2002 äußerten 38 % der Deutschen (37 % im Westen, 42 % im Osten) die Überzeugung:

„Die BRD ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Ausmaß überfremdet“

	1994	1998	2002
Ost	36%	48%	42%
West	36%	42%	37%

Quelle: Angermeyer/Brähler 2001, 12; Brähler/Niedermayer 2002, 7 f.

ZUSTIMMUNG ZU FOLGENDEN AUSLÄNDERFEINDLICHEN AUSSAGEN

„Die Losung ‚Deutschland den Deutschen‘ ist mir sympathisch“.

	1994	2002
Männer Ost	28 %	38 %
Männer West	32 %	44 %
Frauen Ost	20 %	33 %
Frauen West	28 %	35 %

Böse in die Zange nehmen“ – etwa durch die Verschärfung des Verfolgungsdrucks bei gleichzeitigem Ausbau der Jugendsozialarbeit. Diese Vorstellungen und entsprechende öffentliche Aussagen sind viel zu einfach und zugleich Ausdruck eines autoritären und prämodernen Staatsdenkens. Angesichts des vorhersehbaren Scheiterns solcher „Gesamtkon-

zepte“ wird nichts weiterhelfen, als Schritt für Schritt dafür zu sorgen, dass sich eine zivile, demokratische Gesellschaft entwickeln kann. Was heißt das konkret für die **Konzeption und Praxis politischer Bildung im Osten Deutschlands** und besonders in Brandenburg?

Angesichts zahlreicher fremdenfeindlicher Gewalt und rechtsextremer Vorfälle wurden die **RAA Brandenburg (Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule, Brandenburg)** im Jahr 1992 im Wesentlichen auf Initiative der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, Almuth Berger, des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport und der Freudenberg-Stiftung initiiert. Die RAA haben inzwischen neun Niederlassungen, deren Organisationskern jeweils ein/e sozialpädagogische/r Mitarbeiter/in und eine für die Arbeit in den RAA freigestellte Lehrkraft bildet. Zur Zeit haben die RAA ca. 60 Mitarbeiter/-innen. Mitte der 90er-Jahre, mit der Eintragung der RAA Brandenburg als Verein, wurde in Potsdam eine Geschäftsstelle eingerichtet, welche die Arbeit der Niederlassungen unterstützt und koordiniert, die Finanzierung des Verbundes sichert, aber auch selbst eigene Projekte durchführt. Seit einigen Jahren wurde im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ die von der Ausländerbeauftragten entwickelte Idee des **Mobilen Beratungsteams** aufgenommen, ausgebaut und wiederum unter dem Dach der RAA realisiert.

Die RAA arbeiten als Nichtregierungsorganisation im gesamten Land Brandenburg. Ihre Gründung und Förderung verdanken sie im Wesentlichen der Einsicht und Überzeugung der politischen Verwaltung, dass es einer nachhaltigen Unterstützung und Stärkung der Zivilgesellschaft in Brandenburg bedarf. Die brandenburgische Landesregierung hat mit verschiedenen Initiativen versucht, das Problem der rechtsextremen und fremdenfeindlichen Gewalt in den Griff zu bekommen. Es gibt im Land Brandenburg das **Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**, ein auf Anregung der Landesregierung eingerichtetes zivilgesellschaftliches Bündnis. Es reicht von den Gewerkschaften und Kirchen über die Industrie- und Handelskammer, die Liga der Wohlfahrtsverbände, den Landesbauernverband bis hin zum Flüchtlingsrat und kleinen Initiativen wie der Aktion Noteingang

und schließt nicht zuletzt lokale Netzwerke, Bündnisse und Einzelpersonen mit ein. Daneben gibt es komplementär zum zivilgesellschaftlichen Handeln das **Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“**. Es unterstützt wiederum zivilgesellschaftliche Initiativen, wie die RAA Brandenburg, ihr Mobiles Beratungsteam und die lokalen Koordinatoren vor Ort. Es fördert allerdings darüber hinaus auch eigene Aktivitäten im Bereich der öffentlichen Hand, wie zum Beispiel das Beratungssystem Schule. Als weiterer Versuch, staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln zu koordinieren, wurde ein Landespräventionsrat zur allgemeinen Kriminalprävention gegründet (vgl. Rüß 2002).

Weit über Brandenburg hinaus sind die RAA Brandenburg bekannt geworden durch ihre interkulturelle, historisch-politische und entwicklungspolitische Projektarbeit im schulischen und außerschulischen Bereich. Im Hintergrund steht die Frage, wie in einer Gesellschaft Weltoffenheit, demokratische Einstellungen und der respektvolle Umgang mit Fremden als Voraussetzung der Integration von Migranten geweckt und gestärkt werden kann. Es geht den RAA Brandenburg darum, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem gesellschaftliche Integration als ein gemeinsamer Prozess und nicht als Bringschuld von Migranten gesehen wird.

Kernaufgaben der RAA Brandenburg sind:

- ▶ Entwicklung von Handlungsstrategien gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit;
- ▶ die Förderung der Integration von Zuwanderern in Brandenburg;
- ▶ die Förderung und Qualifizierung schulischer und außerschulischer Bildung durch Fortbildungen und Projekte in den Bereichen Lernen von Demokratie, Interkulturelles Lernen, entwicklungspolitische und historisch-politische Bildung;
- ▶ Entwicklung und Durchführung von Projekten zur demokratischen Gestaltung des Lebensraums Schule, Öffnung der Schule für die Gesellschaft (insbesondere in Kooperation mit Migranten und Trägern der Integrationsarbeit);
- ▶ Beratung und Begleitung von Projekten der Jugendarbeit und im Elementarbereich;
- ▶ Beratung zivilgesellschaftlicher und administrativer Akteure gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Leitbild für die Arbeit der RAA – besonders auch im Feld Schule und außerschulischer Bildung – ist die Förderung **interkultureller und demokratischer Kompetenz**.

Die Vermittlung demokratischer und interkultureller Kompetenz heißt in ihren Projekten und Aktivitäten:

- ▶ das Ermöglichen von Differenz (inklusive der Erfahrung, Differenz ertragen zu können);
- ▶ die Erfahrung von Wertschätzung (der Unterschiede und der Gemeinsamkeiten der Individuen);
- ▶ die Vermittlung von Erfahrungen der Gleichwertigkeit;
- ▶ die Unterstützung von Konfliktfähigkeit;
- ▶ die Ausbildung und Unterstützung von Empathie;
- ▶ die Unterstützung im Aufbau von Selbstvertrauen und Selbstachtung (Vertrauen in die eigenen Handlungsmöglichkeiten);
- ▶ schließlich das Einüben von Ambiguitätstoleranz (das heißt die Fähigkeit zum Ausbalancieren uneindeutiger Situationen).

Demokratische und interkulturelle Kompetenz – so die Arbeitshypothese – verhindert Stigmatisierung, Abwertung und Ausgrenzung von Anderen.

Vergleichen wir diese Zielsetzungen mit den Elementen, die Zivilcourage fördern, wie sie in der Studie von Meyer und Hermann (2000) beschrieben worden sind, so fallen – nicht überraschend – die Parallelen auf.

Ich beschränke mich auf folgende Punkte:

- ▶ Selbstsicherheit;
- ▶ Einfühlungsvermögen und Mitgefühl;
- ▶ Fähigkeit zur Reflexion (insbesondere das Zulassen der eigenen Angst);
- ▶ Fähigkeit, angemessen und flexibel zu reagieren (hier erscheint die eigene Erfahrung mit dem eigenen Handeln und Nicht-Handeln und ihre Verarbeitung ein entscheidender Punkt);
- ▶ Fähigkeit zur Artikulation und Argumentation;
- ▶ Sachkompetenz;
- ▶ Einschätzung der eigenen Ressourcen;
- ▶ positive Selbsteinschätzung.

Die RAA Brandenburg wollen mit ihren Projekten interkulturelle und demokratische Kompetenz vor allem Jugendlichen vermitteln, indem sie Gelegenheitsräume eröffnen für Lernprozesse, in denen Ju-

gendliche Erfahrungen mit sich und mit anderen machen können. Die RAA stellen einen geschützten Bereich zur Verfügung, in dem Experimentierfreude entsteht und Fehler als Erkenntnischance gelten. Gleichwohl steht diese Arbeit vor dem Problem jeglicher Projektarbeit: Alle Projekte, seien sie im schulischen oder außerschulischen Bereich, sind befristete Interventionen. Was bleibt von den Zielsetzungen übrig nach den Projekten – dem Ende des Trainings gegen Gewalt, nach der internationalen Begegnung, der Interkulturellen Woche, dem Projekttag zum Schulalltag in Sansibar? Was folgt für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus dem Gedenkstättenbesuch in Birkenau und dem Gespräch mit einem Zeitzeugen? Was folgt aus der Gesprächsrunde mit Flüchtlingen aus der Türkei und Afghanistan?

Die Debatte im Umfeld des BLK-Modellversuchs „Demokratie Lernen und Leben“ liefert für Antworten auf diese Fragen wichtige Stichworte, die sich gar nicht so sehr auf die Inhalte politischer Bildung beziehen als vielmehr auf die Methoden des Lernens und der Verarbeitung von Erfahrungen. So zum Beispiel zum Thema Gewalt: Es geht darum, Lernprozesse zu ermöglichen, in denen Kompetenzen zur gewaltfreien Problembewältigung vermittelt und erlernt werden. Jugendliche sollen alternative Handlungsoptionen kennenlernen und einüben und so die nötigen Kompetenzen im Umgang mit Konflikten entwickeln.

Die zu Recht geforderte **Nachhaltigkeit** von Projekten, in denen es um demokratische und interkulturelle Kompetenzen geht, kann erreicht werden, wenn Jugendliche selbst Demokratie erfahren, wenn sie beteiligt werden an der Themenauswahl und damit ihre Interessen und Überzeugungen zum Thema werden. Alle Bemühungen, vom Versuch der Öffnung von Schulen hin zur Kommune und zur Gesellschaft bis zur Vermittlung demokratischer und interkultureller Kompetenzen haben da ihre Grenzen, wo Demokratie und die Weltoffenheit in der übrigen Gesellschaft fehlen. Langfristige Folgen werden unsere Bemühungen kaum haben, wenn die in den Projekten erlebte Freiheit und Kreativität nur in der Schule oder nur im Projekt Bedeutung haben, aber im übrigen „richtigen Leben“ negiert werden. Hier stehen wir mit der brandenburgischen Politik, unseren Partnerinnen und Partnern im „Toleranten Bran-

denburg“ und dem landesweiten zivilgesellschaftlichen Aktionsbündnis vor einer großen Aufgabe. So wie wir Jugendliche beim Erwerb demokratischer Kompetenzen begleiten und unterstützen, so müssen vor allem die **Kommunen** der brandenburgischen Peripherie unterstützt werden bei ihrem Prozess der Selbstaneignung. Dies geschieht unter schwierigen Bedingungen ständiger Verluste, der Abwanderung, des Rückganges der Zahl der Kinder und Jugendlichen. Das dies nicht chancenlos ist, zeigen die Erfahrungen des Mobilien Beratungsteams mit kommunalen Zukunftswerkstätten und -konferenzen, in denen Akteure der Zivilgesellschaft ihre Ziele formulierten, die sich dabei selbst formiert und Geschichte und den eigenen Ort sich wieder anzueignen versuchten.

PÄDAGOGISCHE HERAUSFORDERUNGEN UND FALLSTRICKE

Zum einen erhält die nach wie vor dramatische Situation in Brandenburg mit den regelmäßigen fremdenfeindlichen und rechtsextremen Übergriffen den Druck auf die freien und öffentlichen Träger – und damit auch auf die Pädagoginnen und Pädagogen – aufrecht, Erfolge vorweisen zu müssen. Zum anderen ist nachdrücklich auf die Grenzen des pädagogischen Handelns hinzuweisen. Zwar muss die Frage der Wirksamkeit außerschulischer und schulischer Bildung ein dauerhaftes Thema sein, allerdings ist vor einem „Resultatismus“ (Michael Kohlstruck) zu warnen, der eine simple Kausalitätsbeziehung konstruieren will, in dem ein Problem (Rechtsextremismus) durch eine Maßnahme X direkt gelöst wird. Hier werden Erwartungen formuliert – und zwar häufig durch die Träger der pädagogischen Einrichtungen selbst –, die begierig von der Politik oder der Verwaltung aufgegriffen, den fast zwangsläufig scheiternden Akteuren schließlich aber als Unvermögen entgegen gehalten werden. Bei allen Einzelmaßnahmen zur Entwicklung von Zivilcourage und zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit ist zu bedenken, dass die Pädagogik – glücklicherweise muss man sagen – weiterhin ein grundlegendes „Technologiedefizit“ (Niklas Luhmann) mit sich trägt. Dies muss bei aller notwendigen Evaluation der Projekte stets bedacht werden (vgl. Heinz Lynen von Berg und Roland Roth 2003).

Um diesen pädagogischen und politischen Fallen zu entgehen, sind erstens die Zielsetzungen der einzelnen Maßnahme, des Maßnahmenpaketes, der eingegangenen Kooperationen genau zu beschreiben und angemessen zu operationalisieren. Nur so wird die Bedeutung auch kleiner Maßnahmen und als klein empfundener Erfolge offensichtlich und die Überfrachtung einzelner Maßnahmen mit Ansprüchen vermieden. Pädagogische Maßnahmen haben immer Folgen. Doch müssen es weder die gewünschten und intendierten sein, noch müssen die nicht-intendierten notwendig negativ sein. Man kann bestimmte – insbesondere durch die seit dem „Aufstand der Anständigen“ in Szene gesetzten staatlichen – Programme in ihrem Anspruch und der Durchführung kritisieren, weil sie häufig durch ihre Formulierung die Antragsteller in die Falle des „Resultatismus“ tappen ließen und nun als Programme offensichtlich von Opposition und Bundesrechnungshof genau an diesen Zielsetzungen gemessen werden. So muss man allerdings auch die häufig kleinen, aber wirkungsvollen Schritte betonen, die mit einem Seminar der politischen Bildung, der Einrichtung eines lokalen Bündnisses, der Umsetzung eines Schulprojektes oder der Veranstaltung eines „Tages für Courage“ gegangen worden sind.

Anmerkung: Dieser Aufsatz ist Almut Berger und Wolfgang Hülsemann zum 60. Geburtstag gewidmet.

LITERATUR

- Angermeyer, Matthias / Brähler, Elmar: Rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, Ms., Leipzig 2001.
- Brähler, Elmar / Niedermayer Oskar: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im April 2002, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 6, Berlin, Leipzig 2002.
- Klein, Ansgar: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen, Opladen 2001.
- Krappmann, Lothar: Chancen zur Bildung demokratischer Handlungspotenziale in Heranwachsenden, in: Freudenberg Stiftung (Hg.): Demokratie Lernen und Leben, Bd. 1, Weinheim 2001.
- Lynen von Berg, Hein / Roth, Roland (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen, Opladen 2003.
- Meyer, Gerd / Hermann, Angela: Zivilcourage im Alltag. Ergebnisse einer empirischen Studie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/2000, S. 3-13.
- Rüß, Gisela: Was können wir tun? Zivilgesellschaftliches Engagement in Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, in: Deutschland Archiv 6/2002, S. 967-973.